

Auftakt

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **103 (2006)**

Heft 2

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ruth Dreifuss über die drohende Verschärfung der Migrationspolitik

Mein Einsatz in der Öffentlichkeit zugunsten einer verantwortungsbewussten und der Schweiz würdigen Migrationspolitik hat mir in den vergangenen Wochen zahlreiche positive und negative Reaktionen eingetragen. Letztere stellen meistens die Interessen der Schweizer jenen der Ausländer gegenüber.

Es gibt ganz eindeutig einen Zusammenhang zwischen Sozial- und Migrationspolitik – sei es in ökonomischer Hinsicht oder in Bezug auf die Verletzung der Menschenrechte. Beide Bereiche sollten von den gleichen Grundsätzen geleitet werden. Wir müssen in allen Fällen darauf achten, dass die Balance zwischen den jeweiligen Rechten und Pflichten ausgewogen ist: Von den Leistungsbezügern erwarten wir ein korrektes Verhalten und eine den Fähigkeiten entsprechende Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Den Fachleuten, die mit der Anwendung dieser Politik betraut sind, muss ein rechtlicher

und administrativer Rahmen gegeben werden, damit ihre Entscheidungen nicht willkürlich sind. Ausserdem benötigen sie ausreichend Zeit und gute Fachkenntnisse, um mögliche Missbräuche zu bekämpfen. Es ist Sache der Politik, ihnen die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie ihre Arbeit effizient ausführen und den Betroffenen wirklich helfen können.

Die Revision des Ausländer- und des Asylgesetzes bedeutet einen Rückschritt gegenüber diesen Forderungen. Wie kann gegenseitige Achtung entstehen, wenn der Asylbewerber von vornherein des Betrugs verdächtigt wird? Wie sollen die Beträge an die Sozialversicherungen geleistet werden, wenn die Partner einen Schwarzarbeitsvertrag haben, weil der Arbeitnehmer – sehr oft die Arbeitnehmerin – nicht zur auserwählten Kaste jener Dritte-Welt-Bürger oder -Bürgerinnen gehört, die wir in der Schweiz akzeptieren? Wie kann Willkür vermieden werden, wenn

die Verfahren für die Prüfung der Asylgesuche immer rascher und summarischer werden und sich auf Kriterien stützen, die dem gesunden Menschenverstand widersprechen (z.B. das Fehlen von Ausweispapieren)? Wie kann eine Integration in die Schweizer Gesellschaft gefordert werden, wenn Menschen, die absolut legal hier leben und arbeiten, je länger je weniger Aussicht auf Familiennachzug und eine Niederlassungsbewilligung haben?

Wie kann eine Fachperson ihre Arbeit als sinnvoll und effizient empfinden, im Wissen darum, dass Betroffene wegen Nichteintretens auf das Asylgesuch oder dessen Ablehnung ins Abseits und manchmal in die Kleinkriminalität gedrängt werden? Wie kann man die moralische Verantwortung übernehmen für eine Internierung, die bis zu zwei Jahre dauern kann, wenn die betreffende Person nicht bei ihrer Ausschaffung kollaboriert?

Die Verschlechterung der Politik in Sachen Ausländerinnen und Ausländer ist nur eine Vorwegnahme oder Begleiterscheinung einer allgemeinen Verschlechterung der Sozialpolitik. Es ist falsch zu glauben, was den einen weggenommen werde, komme den anderen zugute. Für die Verschärfung des Ausländer- und des Asylgesetzes sind jene verantwortlich, die glauben, die Zukunft der Sozialversicherungen liege einzig in der Leistungskürzung und die Zukunft der Sozialhilfe im Kampf gegen den Missbrauch. Was den Vorlagen fehlt, über die wir am 24. September 2006 abstimmen werden, ist die Analyse der Auswirkungen einer solchen Politik und die Berücksichtigung der Erfahrungen aus der Praxis. Deshalb müssen sie korrigiert werden.

Ruth Dreifuss

Präsidentin des Referendumskomitees «2xNein»

Kämpferin an vorderster Front: Alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss führt den Abstimmungskampf an. Hier bei der Übergabe der Referendumsunterschriften. Bild Keystone

